

Kinderspielplätze, Gerichtsberichterstattung Volkszählung

Aus der Öffentlichkeitsarbeit der HU

Die HU machte in einem Schreiben an die Fraktionen des Bundestages darauf aufmerksam, daß im Entwurf des neuen Städtebauförderungsgesetzes Einrichtungen des Gemeindegebrauchs, insbesondere Kinderspielplätze, vernachlässigt sind. Angesichts der Tatsache, daß Deutschland das kinderspielplatzärmste Land Europas ist, hält es die HU für unbedingt notwendig, daß solche Anlagen des Gemeindegebrauchs ausdrücklich im Gesetzestext erwähnt werden. Zumindest würde es dadurch den Gemeinden erschwert, die Bedeutung derartiger Anlagen bei der Stadtplanung zu übersehen. Die Fraktionen der FDP und CDU/CSU haben inzwischen auf die Initiative der HU geantwortet, letztere übrigens recht ausführlich und zustimmend.

Die HU hat in einem Schreiben an den Bundestag die Gerichtsberichterstattung einer gewissen Presse kritisiert. Anlaß dazu war die Art und Weise, wie insbesondere die Springerpresse den Imiela-Fall behandelte und die durch das beschlagnahmte Buch unseres Vorstandsmitglieds Prof. Dr. Ulrich Sonnemann neu entflammte Diskussion um den Fall Brühne-Ferbach. Die HU erinnert daran, daß nach der Menschenrechtscharta jeder Angeklagte bis zu seiner rechtskräftigen Verurteilung als unschuldig zu gelten hat. Sie weist auf die Verhältnisse in den angelsächsischen Ländern hin, wo es der Presse unmöglich ist, unter Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien als „allererste Instanz“ (Sonnemann) zu fungieren. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß bereits der Strafgesetzbuchentwurf von 1962 eine Regelung dieses Problems vorsah.

Der Vorsitzende der HU protestierte bei Bundesinnenminister Genscher gegen eine diffamierende Formulierung auf dem Fragebogen zur gegenwärtigen Volkszählung. In dem Protest heißt es u. a.:

„Unter Rubrik 5, (des Fragebogens, Red.) die nach der Religionszugehörigkeit fragt, ist neben der Mitgliedschaft in den christlichen Kirchen und in sonstigen christlichen oder religiösen „Gemeinschaften“ auch die Antwort gemeinschaftslos vorgesehen. Dieser Begriff „gemeinschaftslos“ diskriminiert die wachsende Zahl derer, die als Atheisten und Humanisten die Kirchen verlassen, als moralisch und politisch anrüchig und verdächtig – als solche, die

sich abseits der Gesellschaft stellen“. Außerdem rief die HU alle fortschrittlichen Wähler in Bayern auf, sich unbedingt an der Volksabstimmung über die Herabsetzung des Wahlalters zu beteiligen, um das vorwiegend negative Votum vor allem in ländlichen Stimmbezirken abzuwehren. Wie berechtigt diese Mahnung war, zeigte der knappe Ausgang der bayerischen Volksabstimmung.

Die HU begrüßte nachdrücklich die Abschaffung der körperlichen Züchtigung in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein. Sie forderte erneut die Kultusminister Bayerns, Bremens, Hamburgs, Niedersachsens, Nordrhein-Westfalens und des Saarlandes auf, dem Beispiel ihrer übrigen Kollegen umgehend zu folgen.

Bundesvorstand plant Seminar zur politischen Bildung und 2. Kindergartenseminar

Die HU plant für den Frühherbst ein zweites zentrales Seminar über Probleme der Kindergartenerziehung. Es soll an einem Wochenende stattfinden, wahrscheinlich im Ruhrgebiet. Interessenten werden hiermit herzlich gebeten, sich schon jetzt unverbindlich anzumelden bei der Bundesgeschäftsstelle, Stichwort: Kindergartenseminar Ruhrgebiet.

In der letzten Zeit ist ein zunehmendes Interesse an progressiven oder antiautoritären Kindergarteneinrichtungen zu beobachten. Aus Kreisen unserer Mitglieder oder Freunden, die der HU nahestehen, erreichen uns immer wieder Anfragen nach Informationsmaterial und weiteren Seminaren, die die Anregungen unseres Seminars im März in Wiesbaden weiterführen sollen. Leider kann die HU auf Bundesebene aus finanziellen Gründen nur zwei Seminare zu diesem Thema jährlich veranstalten. Andererseits sollte man doch überlegen, ob auf lokaler Ebene die Ortsverbände nicht in die Bresche springen und regionale Veranstaltungen zu diesem Thema durchführen könnten. Vielleicht lassen sich für diesen Zweck auch finanzielle Unterstützungen der Länder oder kommunaler Einrichtungen wie Jugendamt, Kulturämter etc. erreichen.

In diesem Zusammenhang sei auch noch

Einladung

an alle Interessierten Mitglieder zur Teilnahme an der Gründungsversammlung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der HU am 20. Juni 1970 15 Uhr.

Tagungsort Dortmund, Haus der Rheinisch-Westfälischen Auslandsgesellschaft, Arndtstraße 30 a, Ecke Hohenzollernstraße.

Noch Lehrkräftebedarf für Gefängnis Kurse

Die Frankfurter HU-Projektgruppe für Gefangenenfortbildung sucht für ihr am 1. Oktober anlaufendes Kursprogramm für Gefangene im „Gustav-Radbruch-Haus“, das Modellcharakter haben soll, noch einige freiwillige Lehrkräfte zur Mitarbeit in den Teams für Alltagsprobleme, Behördenkunde, Englisch, Maschineschreiben, Politische Bildung und Recht im Alltag. Beanspruchung: einmal wöchentlich, abends, zwei Stunden. Meldungen bis Ende Juni bitte an Klaus Scheunemann, 6 Frankfurt/M. 1, Fritz-Reuter-Straße 5, Tel. Ffm 56 18 04.

darauf hingewiesen, daß ein kurzer Bericht über das Wiesbadener Seminar in den „Mitteilungen“ Nr. 47 erschienen ist. Als Grundlage für Arbeitskreise etc. kann auch ein Sonderdruck der „Vorgänge“ (Mai 1970) dienen, der folgendes enthält: 1. Erfahrungsberichte aus 12 Kinderläden, 2. Theoretische Beiträge zur antiautoritären Erziehung, 3. Das Protokoll des ersten HU-Kindergartenseminars, 4. Literatur- und Adressenmaterial.

Gleichzeitig laufen die Vorbereitungen zu einem Seminar, das wahrscheinlich in Hamburg stattfinden und sich mit dem Problem der politischen Bildung befassen wird. Das sachliche Ziel des Seminars ist, die Öffentlichkeit, die nicht sowieso mit diesem Fragenkreis fachlich beschäftigt ist, auf die Dringlichkeit und die erhebliche allgemeinpolitische Bedeutung dieses Gesamtproblems hinzuweisen. Über die bekannten Beteuerungen hinaus, daß „politische Bildung not tut“, soll auf die Voraussetzungen für diese hingewiesen werden. Politische Bildung an staatlichen Schulen sollte noch viel mehr als eine grundlegende allgemeine politische Aufgabe anerkannt werden. Die Tagung sollte dies deutlich machen.

Außerdem gibt es im Vorstand Überlegungen zu möglichen HU-Seminaren zu Pro-

Kunstfreiheit in der Provinz

Schwierigkeiten mit „Erotic Art“ in Dortmund

blemen der Städteplanung und zum Verhältnis von Demokratie und Bundeswehr. Für Vorschläge und Stellungnahmen sind wir jederzeit dankbar. Bitte richten Sie diese für diese beiden Seminare an Herrn Klaus Scheunemann, 6 Frankfurt/M.1, Fritz Reuter-Str. 5. Für das Seminar zur politischen Bildung ist Herr Dr. Hans Robinsohn, 2 Hamburg 13, Parkallee 65, für das Kindergartenseminar Frau Monika Junker-John, 6331 Lützellinden, Bitzenstr. 33 verantwortlich.

Berichte und Hinweise aus den Ortsverbänden

Für experimentelle Schülerläden

Der Landesverband Berlin nahm die Auseinandersetzungen um den Schülerladen „Rote Freiheit“ zum Anlaß einer Podiumsdiskussion „Über die Notwendigkeit, Schülerläden einzurichten“. Einem Angestellten des Bezirksamtes Kreuzberg war von seiner Behörde ein generelles Redeverbot zu dem Diskussionsabend erteilt worden. 71 Teilnehmer der Veranstaltung unterschrieben eine Resolution, in der die einseitige Berichterstattung der Presse und das Vorgehen Senators Korbers in diesem Fall verurteilt wird.

Vorstandswahl in Frankfurt

Der Ortsverband Frankfurt wählte am 14. Mai einen neuen Vorstand. Im Amt des 1. Vorsitzenden wurde der Funkjournalist Klaus Scheunemann bestätigt. Zweiter Vorsitzender wurde Peter Bernhardt (Kaufm. Angestellter), Finanzreferent Günter Dürr (Student). Als weitere Vorstandsmitglieder wurden gewählt: Klemens Borkowski (Studienassessor), Almut Krumpholz (Sekretärin), Dr. Paul Lindemann (Journalist und Unternehmensber.) und Marianne Schachtel (Hausfrau). Die Versammlung empfahl dem neuen Vorstand eine engere Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Es gelte, die hauptamtlichen Kräfte der Gewerkschaften mit den Überlegungen der kritischen Intelligenz vertraut zu machen. Außerdem wurde angeregt, für den kommenden Herbst eine größere Diskussionsveranstaltung vorzubereiten, die über den Zusammenhang zwischen bestimmten Wohnverhältnissen und den daraus resultierenden psychischen Verformungen informieren sollte. Der Akzent einer solchen Veranstaltung sollte auf der Kritik am überlieferten Bodenrecht liegen. Arbeitstitel etwa: Psychohygiene und Bodenrecht.

Problem Schwangerschaftsunterbrechung

Beim Ortsverband Hamburg haben einige fachlich zuständige Mitglieder sich eingehend mit den strafrechtlichen Problemen der Schwangerschaftsunterbrechung befaßt und einen Vorschlag für die Gesetzgebung ausgearbeitet, der z. Z. im Bundesvorstand diskutiert wird. Unsere Hamburger Freunde sind zu Recht der Meinung, daß

Nach München zeigt die Humanistische Union die bekannte Ausstellung „Erotic Art“ zur Zeit in Dortmund in Zusammenarbeit mit der Galerie Ostentor. Ihre primäre Absicht ist dabei, ein Exempel gegen die Zensur zu statuieren. Wer an der Aktualität einer solchen Absicht gezweifelt hat, wurde von den jüngsten Vorgängen in Dortmund eines besseren belehrt.

Nachdem zunächst die Stadtverwaltung die Plakatierung zu verhindern versuchte, kam ihr die Staatsanwaltschaft zu Hilfe und ließ das Plakat gleich beschlagnahmen. Das von Eberhard Eggers entworfene Plakat wurde erst gegen die Versicherung freigegeben, daß es nur überdruckt geklebt wird. Die Plakate erschienen dann an den Litfaßsäulen mit der unsichtbar gemachten Eggerszeichnung und einem Hinweis auf ihre Beschlagnahme in der ursprünglichen Form.

Die nächsten Schwierigkeiten machten die „Ruhrnachrichten“ und die „Westdeutsche Allgemeine“, indem sie die Annahme einer Anzeige für die Ausstellung verweigerten. Die „Ruhrnachrichten“ begründeten das mit „grundsätzlichen Erwägungen“. Außerdem hörten wir von dem Gerücht, bei einer Zeitung des Ruhrgebiets bestünde auch

sämtliche z. Zt. vorliegenden Reformvorschläge nicht den Vorstellungen der HU entsprechen und die Gefahr besteht, daß eine völlig unzureichende Regelung wieder für viele Generationen gelten wird. **In einem Informationsgespräch werden Herr Dr. med. Werner Müller-Siemens, Herr Kurt Siehr und Herr Dr. Hans Robinsohn den Hamburger Mitgliedern ihre Vorstellungen zum Problem vortragen und diese mit ihnen diskutieren. Die Veranstaltung findet im Konferenzraum 3 des Curiohauses am Donnerstag den 11. Juni um 20 Uhr statt.**

Disput über Eigentum

„Eigentum – ein Recht aller oder ein Machtmittel für wenige?“ – so lautete das Thema einer Podiumsdiskussion zu der der Ortsverband Mannheim für Freitag den 19. Juni, 20 Uhr ins Audimax der Universität Mannheim einlädt. Diskussionsteilnehmer sind u. a. Professor Dr. Delius, Fritz Karg (DGB), Professor Dr. Roellecke und Dr. Karl-Georg Zinn (Priv.-Doz. an der Universität Mainz).

Gegen Konfessionsklassen

Aus Anlaß der Schuleinschreibung wandte sich der Ortsverband München mit einem Schreiben an alle Münchener Volksschullehrer. In Bayern besteht seit vorigem Jahr die Möglichkeit, innerhalb der Gemeinschaftsschule Konfessionsklassen zu bilden. Über diese Möglichkeit wird bei der Schuleinschreibung entschieden. Das

ein redaktionelles Nachrichtenverbot bezüglich der Ausstellung.

Inzwischen hatten unsere Dortmunder Freunde das von außen recht unansehnliche Ausstellungsgebäude mit „Erotic-Art“ Plakaten aus Lund, Aarhus, Stockholm und München beklebt. Diese Plakate waren in diesen Städten anstandslos gezeigt worden. Ergebnis in Dortmund: Eine japanische Darstellung aus dem 17. Jahrhundert und eine Karel Appel-Reproduktion provozierten 15 Beschwerden bei der Kriminalpolizei. Deren Bitte: Um weitere Schwierigkeiten zu vermeiden, möge man doch diese Plakate entfernen. Was gilt der Art. 5 des Grundgesetzes?

Wahrscheinlich werden wir mit einer ausführlichen Dokumentation der Vorfälle diese Frage zu beantworten versuchen. Daß damit auch eine ausschnittsweise Phänomenologie kleinbürgerlichen Bewußtseins entsteht, dürfte sicher sein.

Die Ausstellung ist noch bis zum 28. Juni geöffnet. Öffnungszeiten: Werktags 11–20 Uhr, Sonntags und Feiertags 10–18 Uhr. Sie ist zu sehen in Dortmund im Theater im Bunker an der Landgrafenstraße Ecke Hohe Straße (Nähe Westfalenhalle).

dafür vom Kultusministerium vorgesehene Verfahren ist ausgesprochen manipulativ und wurde vom Ortsverband scharf kritisiert. Die Münchner Volksschullehrer wurden im o. a. Schreiben gebeten, die Eltern bei der Schuleinschreibung sachlich über die Modalitäten und Folgen ihrer Entscheidung zu unterrichten.

Der Ortsverband Nürnberg hatte in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen die Möglichkeit, die Eltern der Nürnberger Schulanfänger in dieser Frage direkt aufzuklären. Die Initiatoren der Aktion haben die berechtigte Hoffnung, daß in Nürnberg keine Konfessionsklassen mehr gebildet werden.

Verbot der NPD

In einem offenen Brief an Ministerpräsident Osswald nannte der Landessprecher der Humanistischen Union Hessens, Dr. Joachim Kahl, die Vorfälle des 21. Mai „nur auf dem Hintergrund einer gesellschaftlichen Entwicklung begreiflich, die die Wurzeln des Faschismus offensichtlich nicht beseitigt“ und zugleich eine massive antikomunistische und antisozialistische Hetzpropaganda gefördert habe. „Um hier nicht tatenlos zu bleiben“, forderte die HU Hessen Osswald auf, im Bundesrat auf ein Verbot der NPD hinzuwirken. Außerdem wurde Osswald aufgefordert, konsequent die „demokratische und antifaschistische Schulung“ der hessischen Polizei zu fördern.